Herr Metz bat um eine Verschiebung dieses Antrags der Verwaltung in den Zentrumsausschuss. Es sei nämlich zu befürchten, dass bei einer plötzlichen Erhebung von Parkgebühren es zu einem Verdrängungsverkehr in die angrenzenden Wohngebiete kommen könne. Dies müsse also berücksichtigt werden. Es müsse zudem darüber nachgedacht werden, auch den Karl-Gatzweiler-Platz vor diesem Hintergrund einzubeziehen. Für Beschäftigte und Studierende könne über Monatstickets nachgedacht werden.

Herr Knülle schloss sich dem Vorschlag zur Verweisung der Fraktion der Grünen an. Es sollten durchaus Angebote zur Parkplatzbewirtschaftung eruiert werden und eine Beratung im Zentrumsausschuss stattfinden.

Herr Köhler erinnerte daran, dass er bereits bei dem Beginn des HUMA-Neubaus prophezeit habe, dass künftig darüber nachgedacht werden müsse, wie eine Bewirtschaftung von Parkraum in Sankt Augustiner Zentrum aussehen könne und dass sie wohl unumgänglich sei. Wie von Herrn Metz gesagt, könne es zu Verdrängungseffekten kommen. Es brauche eine langfristige Überlegung. Eine Verweisung in den Zentrumsausschuss sei daher sinnvoll.

Der Bürgermeister ergänzte, dass seitens der Verwaltung eine Bewirtschaftung der Parkflächen unterhalb des Karl-Gatzweiler-Platzes abgelehnt worden sei. Dies habe sich seit dem Neubau des HUMA geändert. Die Diskussion habe sich dementsprechend auch geändert.

Frau Jung vertrat die Ansicht, dass dieser Antrag im Haupt- und Finanzausschuss richtig sei. Es gehe in diesem Antrag darum, ein wirtschaftliches Angebot als Beitrag zum Haushalt zu finden. Das heißt es könne nun im Hauptausschuss ein Auftrag zur Herbeiziehung eines Angebots beschlossen werden, im Zentrumsausschuss könne sodann separat über andere eventuell zu bewirtschaftende Flächen und detailliert über eine Parkraumkonzept für das Zentrum der Stadt beraten werden.

Herr Gleß gab Frau Jung Recht und erläuterte, dass der Haupt- und Finanzausschuss einen Beschluss fassen solle, dass man sich überhaupt mit der Bewirtschaftung von Parkraum befassen dürfe. Dann könnten Angebote herbeigezogen werden. Eine abschließende Konzeption könne dann dem Zentrumsausschuss vorgelegt werden. Wenn der Haupt- und Finanzausschuss einen Beschluss fasse und es grundsätzlich ermögliche, Parkraum auch monetär zu bewirtschaften, dann könne auch eine Beratung im Zentrumsausschuss stattfinden. Wie von Herrn Metz angesprochen könne dann auch darüber nachgedacht werden, wie mit dem Parkraum unterhalb vom Karl-Gatzweiler-Platz umzugehen sei.

Frau Feld-Wielpütz pflichtete Frau Jung bei. Dennoch sei unklar, wie das weitere Vorgehen sei, ob wenn das wirtschaftlichste Angebot eingeholt würde, dass dann sofort ein Vertrag abgeschlossen würde oder ob dieses Angebot nochmals im Ausschuss vorgestellt würde.

Herr Gleß sagte, dass der Zentrumsausschuss erst abschließend darüber beraten müsse.

Herr Knülle plädierte dafür, dass die abschließende Beschlussfassung an den Zentrumsausschuss delegiert würde, damit dort die Vergabe durchgeführt werden könne. Grundsätzlich sei der Vorschlag der Verwaltung zu begrüßen, die Details seien im Zentrumsausschuss zu behandeln.

Herr Metz wendete ein, dass sich bei dem Beschlussvorschlag in der Vorlage doch gar nicht um einen Grundsatzbeschluss handele, dort gehe es um ganz konkret benannte Flächen. Zum einen sei unklar, wie die Ausschreibung aussehen würde. Zweitens sei unklar, ob Monatstickets bspw. auch für Mitarbeitende der Stadtverwaltung oder andere Gruppen infrage kämen. Der Karl-Gatzweiler-Platz sei in der Vorlage nicht angesprochen. Die Grünen seien bereit, dem zuzustimmen, allerdings vorbehaltlich einer genauen Ausgestaltung im Zentrumsausschuss. Solange könne auch gewartet werden.

Der Bürgermeister sagte, dass es Bemühungen gäbe, diese Flächen zu vermarkten. Man müsse letztlich in jedem Fall einen Vertrag schließen. Der Sinn der Sache sei es, dass man unabhängig von einem dringend benötigten Parkraumkonzept etwas für den Haushalt gewinnen könne.

Frau Jung sagte, es sollte hier eine Entscheidung nicht verzögern. Der Vorlage könne bereits an diesem Tag zugestimmt werden. Die Stadtverwaltung, die Kämmerei, würde einen Überblick über die potenziellen Einnahmen aus dieser Bewirtschaftung bekommen. Es handele sich um eine temporäre Bewirtschaftung von zwei Jahren. Eine Verzögerung von drei Monaten, die einträte wenn der Zentrumsausschuss erst im Juli beraten würde, solle vermieden werden.

Frau Feld-Wielpütz pflichtete erneut Frau Jung bei. Es würde sich ein Anbieter finden lassen, der die Bewirtschaftung professionell durchführen können würde. Die Stadtverwaltung könne bereits einen Anbieter suchen. Eine Vorstellung wäre dann im Zentrumsausschuss möglich.

Der Bürgermeister sagte, dass der Beschluss nicht im Zentrumsausschuss gefasst werden könne.

Herr Schmitz-Porten gab zu Bedenken, dass bevor ein Vertrag abgeschlossen würde, die Details des Vertrags durchaus noch von der Politik beraten werden sollten.

Herr Knülle ergänzte, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich für eine Bewirtschaftung von Parkflächen sei und Angebote hierfür gerne eingeholt werden sollten. Die Details eines Vertrages sollten im Zentrumsausschuss zumindest Gegenstand der Beratung sein. Nach einem Votum in Zentrumsausschuss könne die Verwaltung zum Abschluss des Vertrages übergehen.

Der Bürgermeister erklärte, dass bei der Angebotsabfrage von diversen Unternehmen klar sei, dass die Preise, die der Parkende zahlen würde, immer gleich sein würden.

Herr Metz begrüßte dies.

Der Bürgermeister ließ sodann über folgenden abgekürzten Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt einer temporären Bewirtschaftung der Flächen MI 1 – 3 im Zentrum zu. Er beauftragt die Verwaltung, durch Angebotsherbeiziehung oder Ausschreibung entsprechende Angebote einzuholen.